DER BREMER ANTIFASCHIST

DM 1.-

Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

Januar 01/1998

Symbol für Widerstand: "Der Freiheitskämpfer"

Am 23.12.1942 wurden die ersten 11 Mitglieder der Berliner Schulze-Boysen/Harnack-Gruppe ("Rote Kapelle") an einem eigens für sie entwickelten Galgen im Zuchthaus Plötzensee hingerichtet. An sie erinnert in Bremen seit März 1984 ein Nachguß der bereits 1947 von Fritz Cremer geschaffenen Statue "Der Freiheitskämpfer" neben der Ostertorwache. Zum Sinn seiner Skulptur sagte der 1906 geborene Bildhauer Fritz Cremer: "Es war die erste Arbeit nach der Nazihöllenfahrt, die ich endlich wirklich frei und offen machen konnte (...) Ich habe für die Grausamkeit der Tyrannei kein Feigenblatt (...) Wer den Sinn dieser grausamen Zeit erfaßt hat, der wird auch dieses Mahnmal verstehen".

In diesem Zusammenhang verhaftete die Gestapo von August 1942 an 118 Menschen, 42 von ihnen wurden des Hochverrats angeklagt, vier des Landesverrats. Schwersten Vernehmungen und Folterungen folgte der Prozeß mit 75 Angeklagten. Die Zersplitterung in zahlreiche Einzelverhandlungen ermöglichte den Nazis eine bessere Geheimhaltung.

In der Urteilsbegründung des Reichsgerichts gegen Arvid Harnack und Harro Schulze-Boysen hieß es: "Der Oberregierungsrat Dr.Harnack und der Oberleutnant Schulze-Boysen hatten es verstanden, in Berlin eine Schar von Personen aus den verschiedensten Gesellschaftskreisen um sich zu sammeln (...).

Mit ihrer Propaganda suchten sie insbesondere die Künstler, Wissenschaftler, die Polizei und die Wehrmacht zu gewinnen (...). Als im Frühjahr 1942 die Ausstellung "Das Sowjetparadies" veranstaltet wurde, führte Schulze-Boysen eine Gegenpropaganda durch, wobei Hunderte von Zetteln mit der von ihm verfaßten Aufschrift:

"Ständige Ausstellung des Naziparadieses / Krieg, Hunger, Lüge, Gestapo / Wie lange noch? In den Straßen Berlins, an Schaufenstern, Hauswänden und Plakatsäulen angeklebt wurden." In seinem Abschiedsbrief schreibt Harro Schulze-Boysen: "Alles, was ich tat, tat ich aus meinem Kopf, meinem Herzen und meiner Überzeugung heraus (...) Dieser Tod paßt zu mir. Irgendwie habe ich immer um ihn gewußt. Es ist sozusagen mein eigener Tod (...) Mag sein, daß wir nur ein paar Narren waren, aber so kurz vor Toresschluß hat man wohl das Recht auf ein bißchen ganz persönliche Illusion."

Raimund

"Rechtsschwenkt marsch!"

Am 20.01.1998 findet **im DGB-Haus, Bahnhofsplatz 22,** um **19:30 Uhr** zum Thema:

Rechtsextremismus in der Bundeswehr

eine Diskussion statt.

An dieser Veranstaltung nehmen teil: **Angelika Beer** (MdB Grüne), **Walter Kolbow** (MdB SPD) und **Hauptmann Timmermann** (Presseoffizier der Bundeswehr).
Es moderiert **Eva Böller**

Veranstalter:
DFG-VK, Bremer Friedensforum, DGB-Jugend und VVN-BdA

Auf ein erfolgreiches Neues Jahr

Liebe Kameradinnen und Kameraden, liebe Freunde der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten.

Dieser erweiterte Name unserer Vereinigung ist im Bundesmaßstab bereits Wirklichkeit. Im März werden wir uns erneut zu einer Landesmitgliederkonferenz treffen, um einen Beschluß zu fassen, der auch im Namen den Anspruch dokumentiert, in unserer Organisation den weiblichen Anteil zu verstärken. Dies wird nicht der einzige Schwerpunkt unserer Konferenz sein. Die Bundestagswahlen '98 werfen ihren Schlagschatten voraus.

Verstärkt versuchen rechtskonservativ-reaktionäre Kräfte, aber auch liberal-konservative Strömungen quer durch bürgerliche Parteien hindurch, mit der Parole von Sicherheit und Sauberkeit Randgruppen und Minderheiten zu kriminalisieren, aus dem Stadtbild zu verdrängen und abzuschieben. Unter dem Vorwand der Bekämpfung von Bandenkriminalität soll der Überwachungsstaat perfektioniert werden.

Die Antwort neofaschistischer Kreise auf die wachsende Armut und Verelendung heißt Abschotten und Rausdrängen von Minderheiten aus unserem Land, ihre Soziale Demagogie zielt letztlich auf eine Zerschlagung der Gewerkschaften. Es besteht die Gefahr, daß nicht wenige Wähler aus Angst, Unzufriedenheit und Verunsicherung das "Original" wählen. Unser Anliegen für das kommende Jahr besteht also in einem Beitrag zur Bündelung aller Kräfte dagegen.

Unsere Gedenktage bieten ein Forum zur Verbreitung und Verbreiterung dieses Anliegens. Ob es der 01.Februar ist zum Gedenken an die Räterepublik, ob der 140. Geburtstag Ludwig Quiddes, ob Gedenken an die Deportation Bremer Sinti und Roma oder an das KZ Mißler und die Bücherverbrennung, ob Cato Bontjes-van-Beeck oder die Patienten aus der Psychatrie in Ellen, wir wollen einen Aufbruch wagen gegen jegliche Ausgrenzung von Minderheiten und gegen eine weitere Perfektionierung des Überwachungsstaates.

In diesem Sinne wünscht der Landesvorstand allen ein aktives Jahr 1998.

i.A. Raimund

Büroräume hinter Gittern

Zur Geschichte der Ostertorwache bedarf es einer Stellungnahme und konkreter Information der Bremer Öffentlichkeit. Dieses Gebäude war nicht nur Gefängnis und Polizeigewahrsam, sondern von März 1933 bis März 1945, den Jahren der Gewaltherrschaft, wurde es von der Bremer Gestapo als "Schutzhaft"-Folterstätte betrieben.

Somit kommt der Artikel des Weser-Kurier vom 24.Oktober 1997 dem öffentlichen Interesse und Bedarf an Information über die Geschichte der Ostertorwache nicht nach. Die Berufenen dafür sind unsere Zeit- und Augenzeugen sowie der Bremer Gedenkstätten Verein.

Überwiegend diente diese Gestapo-Anstalt der Inhaftierung von Frauen und Männern, die wegen ihres politischen Widerstandes gegen ein verbrecherisches System von Gestapo und Justiz verfolgt wurden. Sie sollten durch Isolierhaft und Mißhandlungen entmenscht werden. Hier konnten sich die NS-Schergen besonders gegen meine politischen jüdischen Mitgefangenen bestialisch austoben.

Darüber hinaus war dieses Gemäuer Teil eines Transportsystems, das der Durchschleusung NS-Verfolgter aus allen von den Nazis okkupierten Ländern Europas diente. Von hier aus gingen die Transporte in die Vernichtungs-KZ-Lager oder zu den Schafotten in Berlin und Hamburg.
Nach 1945 haben sich NS-Opfer und Verfolgtenverbände eingesetzt, daß, wie auch in anderen Städten und Bundesländern z.T. vollzogen, in Bremen eine würdige Opfer-Gedenkstätte geschaffen werden muß.
Dieser politisch-moralischen Verpflichtung wurde durch die Bremer Landesregierung nicht nachgekommen. Das Amt für Liegenschaften hat anders entschieden und das Gebäude ohne Konsens mit der Öffentlichkeit demokratischen Organisationen, ohne einen Parlamentsbeschluß, der Wilhelm-Wagenfeld-Stiftung zugeordnet.

Fazit: mit lediglich fünf ehemaligen Gestapo-Haftzellen wurde die Ostertorwache abgewickelt.

Georg Gumpert, ehemaliger Gestapo-Häftling

Privenau abgesetzt - NPD im Streß

Das Gastspiel Markus Privenaus bei der JN/NPD, mit Trara und Treueschwüren unterlegt, dauerte nicht lange. Er fungierte seit November '96 als bremischer Führer der „Jungen Nationaldemokraten" (siehe BAF 1/97) und trat während dieser Zeit mit GesinnungsgenossInnen bei bundesweiten Aktionen auf, zuletzt bei den „Hetendorfer Tagungswochen".

Zusätzlich übernahm er die Funktionen des Chefredakteurs, V.i.S.d.P. und Geschäftsführers der Neonazi-Postille „Einheit und Kampf", mit der weit über den Rahmen der JN hinaus agitiert wird. (Auflage laut Eigenangabe: 3000)



Faschisten beim Rudolf-Heß-Marsch in Fulda 1993

Wie der „Blick nach rechts" (15. Oktober 1997) meldete, legte er mittels eines beigelegten Briefes zur Ausgabe Nr. 19 dieses Blattes alle Funktionen nieder. Gleiches tat die „Mädelbeauftragte für Niedersachsen und Norddeutschland" Tanja Bayen. (Ihr Motto: „Frauen müssen von Frauen geführt werden!")

Gleichzeitig wurden beide ihrer Ämter bei den JN enthoben. Gekriselt hatte es schon länger beim Bremer NPD-Landesverband. Nach einer Phase, in der das Verbandsblatt „Bremer Kurier" sich im Sinne der speziellen Leserschaft „verbessern" konnte, herrscht seit April Funkstille.
Auch die neuinstallierte eigene Internet-Seite der Bremer JN verbleibt beharrlich auf dem Stand April. Ebenso verliefen Klebe- und Verteilaktivitäten offenbar im Sande. Die schlechte Laune dürfte nach dem Wahldesaster in Hamburg (NPD: 0,1% gegenüber 1,8% für die REP und 4,997% für die DVU) komplett gewesen sein.
Ursache für all diesen Knatsch ist vermutlich, daß die Eingliederung der offenen NS-Szene in die NPD nicht ohne weiteres gelingt.

Bei aller inhaltlicher Übereinstimmung passen die politischen Stile der eher biederen NPD und der aktionistischen Neonazis nicht recht zusammen. Dazu geht es um Macht: Wenn es auch nach außen so aussieht, als ob die NPD von den Eintritten profitiert, ist nicht von vornherein klar, wer hier eigentlich wen übernimmt oder übernehmen will.

Steffen Hupka, Mitherausgeber von „Einheit und Kampf" und direkter Kontrahent Privenaus in dieser Affäre stammt bspw. aus der verbotenen „Nationalistischen Front", die seinerzeit eine rigide Kaderpolitik betrieb und ihren Leuten Führungswillen eintrichterte. Den werden sie auch in neuer Umgebung nicht ohne weiteres fallenlassen.

Thomas (AG Neofaschismus)

Projekt Ostertorwache

Seit über einem Jahr arbeiten Marc Binder und Klaus Schiesewitz vom "Verein Kultur & Region" an einer Foto-Ausstellung über die Geschichte der Ostertorwache. Das denkmalgeschützte Gebäude befindet sich im Umbau zu einem Design-Zentrum der Wagenfeld-Stiftung. Jedoch wurden fünf ehemalige Zellen aus dem Umbau herausgenommen und dem Verein "Gedenkstätte Ostertorwache e.V. Bremen" zur Verfügung gestellt, um einen Ort der Erinnerung einzurichten.

Die Ostertorwache diente seit etwa 170 Jahren als "Detentionshaus" und zuletzt als Abschiebe-Gefängnis. Unter anderem saßen seit der Kaiserzeit viele kritische Menschen dort ein, die gegen Unrecht und Barbarei eintraten. Mit der Foto-Ausstellung wollen Binder und Schiesewitz im Rahmen einer "Spurensicherung" die Geschichte dieses Gebäudes dokumentieren.

Die Ausstellungseröffnung ist **am 06. Februar 1997 um 19 Uhr in der Villa Ichon (Goetheplatz 4, Tel: 327 961)**.
Die Ausstellung ist zu sehen vom 06. bis 28. Februar 1998, Montag bis Freitag 13-19 Uhr, Samstag 11-13 Uhr. Bei Veranstaltungen ist die Ausstellung nicht zugänglich.

Zur Finanzierung der umfangreichen Fotoarbeiten sind Spenden willkommen. (Sparkasse in Bremen, Konto 1125 7854 Stichwort Ostertorwache BLZ 29050101)

Marc Binder und Klaus Schiesewitz

„Altmannshöhe“ 1933 - 1945

Geschichte des „Ehrenmals“

Bremen brachte es während der Weimarer Republik nicht zu einem Denkmal/Ehrenmal für die Opfer/Gefallenen/Helden des Ersten Weltkrieges. Zu konfliktreich war dieser Stoff, als daß sich eine Richtung hätte durchsetzen können. Dieses Vakuum füllten die Nazis nach der Machtübertragung sofort aus, indem sie einen Bauboom in puncto Kriegsdenkmäler inszenierten.

Größtes Projekt war die Errichtung einer großen Ehrenanlage für alle im Ersten Weltkrieg gefallenen Bremer auf der „Altmannshöhe“ in den Wallanlagen hinter der Kunsthalle.

Den Startschuß gab der Bremer Senat am 6.10.1933, als er den Bildhauer Ernst Gorsemann mit dem Entwurf beauftragte. Gorsemann, ab 1934 auch Professor an der „Nordischen Kunsthochschule“, dominierte in den 30er Jahren die Bildhauerkreise Bremens. Bereits im Dezember 1933 legte Gorsemann zusammen mit dem Architekten Wiepking einen Plan vor, der sofort „in Angriff“ genommen wurde.

Am 25.3.1934 erfolgte ein öffentlicher Aufruf, „Bausteine“ zu erwerben, um die Mittel aufzutreiben. Der Erfolg war groß und so konnte die Anlage am 13.10.1935 unter Anwesenheit des Oberbefehlshabers des Heeres, General von Fritsch, unter Abgesang des Deutschland- und des Horst-Wessel Liedes eingeweiht werden. Zur Groteske geriet eine Affäre um die zur Anlage gehörende Figur der „Mutter“, die kurz vor Kriegsende durch Bombensplitter geköpft wurde.

Am 12. März 1945 (!) erhielt Gorsemann den Auftrag, eine Ersatzfigur zu schaffen. Im Juli 1945 (!) kündigte der Meister die Fertigstellung an und verlangte vom Senat das „vereinbarte Honorar“. Der Senat erlaubte sich auf die „veränderten Zeitumstände“ aufmerksam zu machen, was nicht verhinderte, daß die Figur am 27.5.1963 erneut aufgestellt wurde. Die „Mutter“ hatte Gorsemann insoweit entnazifiziert, als daß er ihre Germaninnenfrisur durch ein Kopftuch ersetzte.

Symbolgehalt

Die Anlage steht im wesentlichen heute noch so da wie sie 1935 errichtet wurde. Die Symbole entstammen komplett dem religiösen Bereich und sind zu einer wohldurchdachten geometrischen Einheit zusammengefügt.



„Altmannshöhe“ - in Stein gehauene Front- und Volksgemeinschaftsideologie

Der Wirkung kann sich nur entziehen, wer gegenüber dieser Symbolsprache wirklich komplett immun ist.

Das „Ehrenmal“ besteht aus einem auf einer Anhöhe errichteten großen Rundbau, in dem die Namen von etwa 11000 Getöteten auf Klinkersteinen eingelassen sind. Zusätzlich wurden hier die Namen der gefallenen „Gerstenberger“ eingetragen, die die Bremer Räterepublik liquidierten, sowie dreier Nazis, die vor 1933 bei Provokationen ums Leben kamen.

Über den Namen ist in großen gotischen Buchstaben der „Chor der Toten“ des bürgerlichen Dichters Conrad Ferdinand Meyer angebracht. Gegenüber dem Eingang befindet sich ein großer, schlichter kubischer Steinblock, der als Altar oder Sarkophag anzusehen ist. Von ihm aus geht der Blick aus der Anlage heraus auf eine „Mutter mit Kind“, die wiederum im Scheitelpunkt einer halbrunden flachen Klinkermauer angebracht ist.

Die Anlage zwingt somit ihre Besucher sofort in die Rolle eines mickrigen Erdenbewohners, der sich gegenüber dem „Chor der Toten“ zu rechtfertigen hat, der ihm aus dem Kreis (Symbol der Einigkeit und Ewigkeit) entgegenschallt. C.F. Meyer fand im 19. Jahrhundert schöne Worte fürs Krepieren und ließ alle deutschen Toten als Kollektiv auftreten. All diese Männer, so suggerieren Konstruktion und Text, opferten ihr Leben auf dem „Altar“.

Verlassen kann man dieses Reich der Toten nur auf der Geraden, die zur „Mutter“ führt. „Mutter mit Kind“ und Altar/Sarg stehen sich direkt gegenüber. Der Besucherin wird so ihre Aufgabe als „Soldatenproduzentin“ vor Augen geführt.

Die Anlage „Altmannshöhe“ ist somit in Stein gehauene Front- und Volksgemeinschaftsideologie.

Literatur: Beate Mielsch: Denkmäler, Freiplastiken, Brunnen in Bremen 1800 - 1945, Bremen 1980

Thomas

Fortsetzung im BAF 2/98: „Altmannshöhe“ 1945 - 1998

Rechtsextreme in der Bundeswehr

Mit Erschrecken muß man immer mehr von rechtsextremistischen Aktionen und Schriften lesen und hören.
Was sollen die Menschen in den jetzt verbündeten Ländern, die von Hitler-Deutschland überfallen und z.T. vernichtet wurden, denken. Kommen dort nicht neue Ängste hoch?
Sicherlich noch verstärkt, wenn man liest, daß Minister Volker Rühe (CDU) beim Gebirgsjägerbataillon Schneeberg "Konsequenzen" zieht, indem er Kommandeure auf Divisions- und Brigadeebene versetzen will!
Kann damit das rechtsextremistische Gedankengut gelöscht werden, oder soll es sich sogar noch ausbreiten?
Wird damit das Verantwortungsbewußtsein hoher Offiziere ausgedrückt? Jeder kleine Postbeamte und Behördenangestellte wurde mit einem Berufsverbot belegt, wenn er sich der linken Szene angeschlossen hatte!
Das ist unser demokratischer Staat.

Friedel

Vom Pimpf zum Antimilitaristen: Ernst Busches Autobiographie

Das Gedächtnis der sozialen Bewegungen ist kurz. Viele Erfolge oder Fehler geraten schon nach wenigen Jahren selbst bei politisch Aktiven in Vergessenheit. Institutionen und Machtgruppen, die über soviel mehr Ressourcen verfügen als wir, lassen dauernd Geschichte schreiben, in der „Bürgeraktionären" die Rolle der Deppen und Versager zugeschrieben wird.

Nicht ohne Grund, denn auf der Mutlosigkeit der Mehrheit beruht letztlich die Macht der Minderheit.
Ernst Busche hat mit seiner Autobiographie einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, die Geschichte vor allem des Antimilitarismus zu sichern. Nicht, daß er alle Aktivitäten aufgelistet hätte, an denen er beteiligt gewesen wäre. Nein, er erinnert anhand exemplarischer Episoden an den Witz, die Entschlossenheit und die Erfolge der bremischen Friedensbewegung.
Seine Biographie ist zudem Bestätigung für das humanistische Menschenbild, nach dem Menschen sich ändern können, manchmal eben auch zum Besseren. Daß ausgerechnet aus einem Ernst Busche ein vernünftiger Mensch wird, ist, statistisch gesehen, eher unwahrscheinlich. Die Eltern, Nazis Ludendorffscher Prägung, scheuchten ihn in Hitlers „Jungvolk", damit ein „Naziknabe" aus ihm würde. Schule, drangsaliert von Oberschulräten und dergleichen. Lange, bis Mitte der 70er Jahre, dauerte es, bis sich Busches Hang zur Renitenz und zum Protest gegen bürgerliche Enge, Prüderie, Gefühllosigkeit und Egoismus Bahn brach. Der Widerstand gegen die Zerstörung der Garlstedter Heide durch die Stationierung einer US-amerikanischen Panzerbrigade wurde, wenn nicht zum biographischen Schlüsselerlebnis, so doch zum nach außen sichtbarsten Zeichen der Umkehr.
Seitdem ist er nicht mehr wegzudenken aus allen möglichen sozialen Kämpfen und insbesondere der antimilitaristischen Arbeit.



„Beerdigung" der CDU-Wendepolitik durch die DFG-VK anläßlich der Wahlrede Kohls am 02. Juni 1989 in Bremen. (Mitte) VVN-Neumitglied E. Busche.

Dabei steht Busche für den politischen Erfolg, meßbar an vielen kleinen und großen Aktionen, die er gemeinsam mit anderen zu einem guten Ende gebracht hat und den Spuren, die er bei vielen hinterlassen hat. Schwer ist zu klären, ob Busches spezielle Eigenschaften Voraussetzung oder Produkt dieses Erfolges sind. Die Abrichtung zum faschistischen Mann hat er jedenfalls erfolgreich überwunden. Immer konkret, immer nah dran, die eigene Person nicht verschließend, für andere erfahrbar und anderen zuhören könnend, konzentriert er sich auf das Wesentliche der politischen Arbeit: andere, egal in welchem Zustand sich befindend, ansprechen und gewinnen zu können.

Deshalb hält er (langweilige) Vorträge sc schlecht aus, deshalb interessiert ihn die Nabelschau, die viele politische Gruppen betreiben, nicht. (Selbst-)erkenntnis läßt sich eben nicht herbeilabern, sondern nur im Handeln erfahren. Busche mißt den politischen und persönlichen Netzen, die er dabei geknüpft hat, große Bedeutung zu.
Er läßt, seiner dialogischen Grundhaltung entsprechend, in Interviews eine ganze Reihe politischer AktivistInnen Bremens zu Wort kommen.

Ernst Busche: **Aus dem Leben eines Bürgeraktionärs.** Zwanzig Jahre in der Friedensbewegung, Bremen 1997, Donat-Verlag, 160 Seiten, zahlreiche Abbildungen, 19,80 DM

Thomas

Geschichtspolitische Konferenz in Kassel

Auf Initiative der VVN-BdA findet gemeinsam mit anderen antifaschistisch orientierten Gruppen, Institutionen und Kräften am 30./31. Januar 1998 in Kassel eine geschichtspolitische Konferenz von Wissenschaftlern, historisch interessierten Menschen und Zeitzeugen zusammen mit Organen der verfaßten Studentenschaft statt, die Antworten auf den Geschichtsrevisionismus geben soll.
Die Tagung ist für alle historisch und antifaschistisch Interessierten offen. Wer teilnehmen möchte und einen Übernachtungsplatz in der Jugendherberge (ca. 40,- DM inkl. Frühstück) benötigt, sollte sich spätestens bis zum 10.01.1998 in der Bundesgeschäftsstelle (VVN-BdA, Rolandstraße 16, 30161 Hannover) melden.

Die Konferenz wird - nach einer öffentlichen Kundgebung und Demonstration zur Erinnerung an den 30. Januar mit einer Plenumsveranstaltung am Freitagabend eröffnet. Angesprochen als Podiumsteilnehmer sind Prof. Heinrich Fink (Berlin), Prof. Wolfgang Wippermann (Berlin), Alfred Hauser (Ehrenvorsitzender der VVN-BdA), Prof. Kurt Pätzold (Berlin).

Das Thema »Auschwitz-Lüge« wird von Prof. Dietfried Krause-Vilmar behandelt, Geschichtsrevision am Beispiel der Gedenkstätten wird Dr. Hans Maur vom Gedenkstättenverband darlegen. Dr. Wolfram Wette ist eingeladen, über die Neubestimmung des Bildes der Rolle der Wehrmacht zu referieren.

In weiteren Arbeitsgruppen sollen die Versuche der Neudefinition der Rolle der Industrie und der Banken aufgearbeitet werden sowie die Angriffe auf den Antifaschismus und die faktischen Theorieverbote durch juristische Verfolgung von Asten und Fachschaften bei der geschichtspolitischen Auseinandersetzung.

Den Abschluß wird am Samstag eine Plenumsdebatte bilden unter der Fragestellung: Wie können antifaschistische Kräfte auf die Geschichtspolitik reagieren? Die hier gefundenen Antworten sollen dann in den beteiligten antifaschistischen Verbänden und Seminaren in praktische Arbeit umgesetzt werden.

Ulrich Schneider, Kassel

Weiter für die Rehabilitierung

„Solche Vorbilder [sind] nötiger denn je", lobte Frau Süßmuth am 30.11.1997 im Bremer Rathaus den Stasijäger Joachim Gauck und Freimut Duwe, SPD-Abgeordneter des Bundestages. Beide hatten zuvor von Bürgermeister Henning Scherf den Hannah Arendt Preis für „Politisches Denken" erhalten.

Im Interview mit dem Weser-Kurier hat Herr Gauck seine Jägerfunktion mit den Worten „verteidigt": „(...) Denn es sollte nicht so werden, wie nach 1945 im Westen, als man Verantwortung und Schuld unter den Teppich kehrte". Sollte Herr Gauck wirklich politisch denken, dann müßten aus dieser Erkenntnis doch andere Schlußfolgerungen kommen. Im Westen wurden die Verantwortlichen und Schuldigen sehr früh unter dem Teppich hervorgeholt und wieder in Amt und Würden eingesetzt.

'90, also nach der "Wende" wurde bekannt, es leben noch 3.948 Personen in der alten BRD, die wegen Mordes verurteilt werden müßten. Vor Wochen wurde zusätzlich bekannt, Nazi- und Kriegsverbrecher in den alten Bundesländern erhalten Opferrenten. Herrn Gauck ist dies nach seiner Aussage schon immer bekannt gewesen. Bekannt ist ihm sicher auch, daß die ehemalige DDR von Anfang an politisch und wirtschaftlich mit allen Mitteln bekämpft worden ist (z.B. die "Hallstein Doktrin"). Herr Gauck sollte sich lieber Gedanken über die Folgen dieser Tatsachen machen: Am 30. November 1950 meldeten die Medien: Der Ministerpräsident der DDR, Otto Grotewohl, habe an den Bundeskanzler Konrad Adenauer einen Brief geschrieben in dem er vorschlug, einen Gesamtdeutschen Rat zu bilden, der die Bedingungen für gesamtdeutsche Wahlen vorbereitet.

Nach der Einheit sei ein Friedensvertrag anzustreben. Nun sammelten die KPD und andere Unterschriften für den Friedensvertrag. Während gegen die Sammlung von Unterschriften gleich mit polizeilichen Mitteln vorgegangen wurde, trat am 30.08.1951 das Blitzgesetz in Kraft.
Am 25.06.1968 wurde das Blitzgesetz aufgehoben und die Politik "Wandel durch Annäherung" eingeleitet, die einen allmählichen Wandel in der Politik des Kalten Krieges brachte. Diese Tatsache erkennend, stellten Opfer des Kalten Krieges Mitte 1988 den Antrag auf Rehabilitierung und Aufhebung des Verbotes der KPD und anderer Organisationen. Am 01.Oktober 1997 lehnte der Bundestag die Rehabilitierung der Opfer des Kalten Krieges und die Aufhebung des KPD-Verbotes ab.
Dazu erklärte der CSU-Abgeordnete Eckart von Klaeden: Die KPD und Andere hätten in den 50er und 60er Jahren die BRD beseitigen wollen. Daher wären die Urteile rechtskräftig.
Andererseits mußte er eingestehen: „Ich habe wirklich keine Schwierigkeiten damit zuzugestehen, daß in Zeiten des Kalten Krieges in den 50er und 60er Jahren in der Bundesrepublik Deutschland Dinge abgelaufen sind, die ich heute für falsch halte."

Am 28. November 1997 demonstrierte die Mehrheit des Bundestages sein Demokratieverständnis nachhaltig, als sie für die Aufhebung der Verjährungsfristen für „Gesetzesbrüche" in der DDR stimmte. Der Stasijäger Gauck darf jetzt weiter Kalten Krieg spielen.

Die Initiativgruppe für die Rehabilitierung der Opfer des Kalten Krieges führt anläßlich seines zehnjährigen Bestehens am 20. Juni 1998 in Hamburg ein Treffen durch.

Alle Opfer des Kalten Krieges sind zu entschädigen!

Willy

Geld genug da!

Am 03. und 04. Dezember 1997 haben in London 41 Staaten über das vom Naziregime geraubt Geld beraten. Jetzt kamen Tatsachen auf den Tisch:
Das Naziregime hat Gold von Juden und anderen Häftlingen geraubt. Das Gold wurde aus allen Staatskassen der vom Naziregime besetzten Ländern geraubt. Bereits 1946 hatten die Regierungen der USA, England und Frankreich eine Kommission eingesetzt, die untersucht hat, wie und wohin das Naziregime das geraubte Gold verschoben hat. So hat z.B. die Deutsche Reichsbank noch nach 1949 an die Bank Deutscher Länder (heute Bundesbank) und Deutsche- und Dresdner Bank "überwiesen". Von diesem Gold sind Juden und Zwangsarbeiter zu entschädigen.

Willy

Verfolgte des NS-Regimes und Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer aller antifaschistischen Richtungen gründeten 1947 die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes". 1971 öffnete sich die VVN den nachfolgenden Generationen und erweiterte sich zur VVN-Bund der Antifaschisten". Die VVN-BdA kämpft heute als parteiunabhängige, strömungs- und generationsübergreifende Organisation für die ***„Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln"*** und für den ***„Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit"***, wie es im Schwur der Häftlinge des KZ Buchenwald vom 19. April 1945 heißt.

☐ Ich möchte mehr über die VVN-BdA wissen.

☐ Ich bin bereit, einzelne Aktionen zu unterstützen und möchte informiert werden.

☐ Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.

☐ Ich möchte den Bremer Antifaschisten probeweise beziehen.

Mich interessieren vor allem folgende Themenbereiche:

☐ Einwanderer und Flüchtlinge

☐ Neofaschismus

☐ Frieden/Antimilitarismus

☐ Geschichtsforschung

☐ Erinnerungsarbeit

Name ____________________

Vorname ____________________

Straße ____________________

PLZ, Ort ____________________

Telefon ____________________

Geb.-Datum ____________________

Beruf ____________________

Bremen, den ____________________

Unterschrift ____________________

Bitte einsenden an:

VVN-BdA Bremen e.V., Bürgermeister-Deichmann-Str. 26, 28217 Bremen

Nachruf

Am 11.11.1997 schied unsere Kameradin

Thea Drazewski

aus dem Leben. In den letzten zwei Jahren mußte sie immer wieder das Krankenhaus aufsuchen.

Am 21.04.1912 erblickte sie das Licht der Welt in einer sozialistischen Familie. Ihr Lebensweg war vom Hoffen auf ein Leben in Frieden und sozialer Sicherheit geprägt. Sie war stets von einem fröhlichen Optimismus erfüllt.

Die Tochter Karin schloß ihre Gedenkrede mit den Worten:
„Wir wollen nicht trauern, daß wir sie verloren haben, sondern dankbar sein, daß wir sie gehabt haben."

Willy

„Wer sind die Zeugen Jehovas wirklich?“

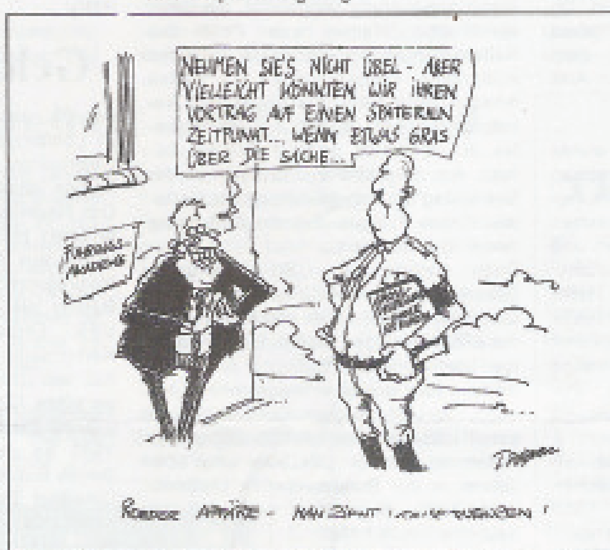
In der Ausgabe des BAF 10/97 war ein Artikel unseres Kameraden Gerold zum Thema: «Was sind die „Zeugen Jehovas“ heute?», zu lesen. Hier die Reaktion der Zeugen Jehovas:

Es ist erfreulich, daß der Schreiber dieses Artikels in so positiver Form über die Ausstellung **«Die vergessenen Opfer - Zeugen Jehovas unter dem NS-Regime»**, die im September im Gustav-Heinemann-Bürgerhaus in Bremen-Vegesack stattfand, berichtet. Leider ist zu bemerken, daß, so objektiv der einleitende Teil dieses Artikels war, so unqualifiziert der Rest zu betrachten ist.

So äußert sich der Schreiber über Zeugen Jehovas dahingehend, daß sie einen destruktiven Kult predigen (...). Zeugen Jehovas sind ganz sicher kein Verein, der labile Menschen ausnutzt und sie dann als «seelische Krüppel» aus ihrer Gemeinschaft hinauswirft, so daß sie dann der Gesellschaft zur Last fallen. Im Gegenteil: Wie eine Studie aus dem Jahr 1995 zeigt, haben Personen, die sich entschließen, Zeugen Jehovas zu werden, im Durchschnitt drei Jahre mit Zeugen Jehovas die Bibel studiert und sich auch mit ihrem strukturellen Aufbau eingehend beschäftigt (...).
Da im übrigen jeder, der dieser Gemeinschaft beitritt, dies aus freien Stücken tut, kann selbstverständlich auch jeder, der keine Zeuge mehr sein möchte, die Gemeinschaft verlassen, ohne irgendwelche Repressalien befürchten zu müssen. Von daher erübrigt sich auch der in Ihrem Artikel angesprochene «Kontrollapparat».

Es entspricht auch ganz und gar nicht der Wahrheit, daß jemand, der sich entschließt Zeuge Jehovas zu werden, den Kontakt zu Familienmitgliedern abbrechen muß, die ihre religiöse Auffassung nicht teilen (...).

Jehovas Zeugen als «Wachtturm» und «Erwachet» Verkäufer zu bezeichnen, kann ebenfalls nur jemandem unterlaufen, der sich bei seiner Meinungsbildung einzig und allein auf Klischees stützt (...). Tatsache ist, daß Zeugen Jehovas sämtliche Literatur, die sie verbreiten, kostenfrei in die Hände interessierter Menschen legen, ohne daß diese dabei eine Verpflichtung eingehen.



Es wird kein «Schuhsohlengeld» bezahlt, da alle, die sich am Verkündigen der Botschaft von Gottes Königreich beteiligen, dies ehrenamtlich tun. Sollte sich die Aussage mit dem «Hungerlohn» auf diejenigen beziehen, die in den Zweigbüros der Wachtturmgesellschaft, wie z.B. in Selters/Taunus, ihren Dienst tun, dann ist dazu zu sagen, daß die Personen freiwillig in eine ordensähnliche Einrichtung eingetreten sind und auch genauso freiwillig wieder aus der selben austreten können (...).

Wie die bereits oben genannte Studie aufzeigt, „bilden Jehovas Zeugen einen Querschnitt der allgemeinen Bevölkerung (...).“
(...) Zum Thema Bluttransfusion denke ich, muß im Zeitalter von Aids nicht mehr viel gesagt werden. Vielleicht nur soviel, daß wir als Zeugen Jehovas für uns und unsere Kinder die bestmögliche medizinische Behandlung wünschen. Blutübertragungen fallen aber aus diesem Raster völlig raus.

Als Zeugen Jehovas sind wir auch sehr wohl in der Lage, Feste zu feiern und fröhlich zu sein, entgegen der aufgestellten Behauptung. Lediglich Feste, die ihren Ursprung im Gottentehrenden Heidentum haben, lehnen wir ab.

Abschließend noch ein paar Worte zu unserer Einstellung zu politischen Angelegenheiten. Es ist wahr, daß wir uns bemühen, strikte Neutralität zu bewahren. Daraus resultiert, daß wir nicht an Wahlen teilnehmen. Dabei nehmen wir lediglich ein demokratisches Grundrecht in Anspruch (...). Daraus eine Demokratiefeindlichkeit abzuleiten, ist doch eine sehr eingeengte Sichtweise. Immerhin ist behördlicherseits immer wieder bestätigt worden, daß Zeugen Jehovas äußerst gesetzestreue Bürger seien (...).

Es wäre zu begrüßen, wenn man lernen würde, etwas mehr Toleranz zu üben und sich über Zeugen Jehovas *bei* Zeugen Jehovas zu erkundigen, anstatt sich auf das Urteil von Personen zu verlassen, die dafür bezahlt werden, Andersdenkende zu diffamieren. -

Siegfried Albuszies (Regionaler Informationsdienst der Zeugen Jehovas), gekürzt

Der Bremer Antifaschist ist die Zeitung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten Bremen e.V. (VVN-BdA).

Wir sind regelmäßig erreichbar in der Bürgermeister-Deichmann-Str. 25
28217 Bremen
Tel.: 0421/38 29 14
Fax: 0421/38 29 18
E-Mail: Jwahls@csi.com
Garry@t-online.de

Montag: 16:00-19:00 Uhr
Donnerstag: 15:00-18:00 Uhr

Für unsere Arbeit werden dringend Spenden benötigt:
Die Sparkasse in Bremen
BLZ 29050101 - Kto-Nr.: 1031913

Wir sind vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt.

Anmeldungen von Gruppen für antifaschistische Stadtrundgänge entweder im Büro oder direkt unter 0421/6112 62.

Der Geschäftsführende Vorstand trifft sich montags mitgliederöffentlich von 18:00 - 20:30 Uhr und der Landesvorstand jeden 4. Montag im Monat von 18:00 - 20:30 Uhr.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluß: 10. des Monats
V.i.s.d.P.: Willy Hundertmark (Ehrenvorsitzender)

Geburtstage im Januar 1998

Helma	Klems	03.01., 69 J.
Uwe	Kempf	25.01., 49 J.

Herzlichen Glückwunsch allen Kameradinnen und Kameraden vom Landesvorstand